

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 19.10.2016

11. Änderung der Anlage 9.4 des gemeinsamen Rundschreibens „Meldeverfahren zur Sozialversicherung“;

hier: Anpassung der Fehlerprüfung für Meldungen der Pflegekassen und privaten Versicherungsunternehmen ab dem 01.01.2017 und 01.07.2017

Mit dem Zweiten Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften sind die Maßgaben zur Feststellung des Umfangs der Pflegebedürftigkeit und des sich daraus ergebenden Pflegegrades (§§ 14, 15 SGB XI) zum 01.01.2017 neu geregelt worden. Flankierend wurden die Voraussetzungen für die Rentenversicherungspflicht nicht erwerbsmäßig tätiger Pflegepersonen und die sich hieraus ergebenden beitragspflichtigen Einnahmen im § 166 Abs. 2 SGB VI angepasst. Danach gilt bei Pflege einer pflegebedürftigen Person des Pflegegrades 5 als beitragspflichtige Einnahme 100 v. H. der Bezugsgröße, sofern die pflegebedürftige Person ausschließlich Pflegegeld nach § 37 SGB XI bezieht oder 85 v. H. der Bezugsgröße, sofern die pflegebedürftige Person Kombinationsleistungen nach § 38 SGB XI bezieht.

Durch diese gesetzlichen Neuregelungen können für Meldezeiträume ab dem 01.01.2017 in Entgeltmeldungen der Pflegekassen und privaten Versicherungsunternehmen an die Deutsche Rentenversicherung mit den Datensatz Meldung und dem Datenbaustein Meldesachverhalt im Feld „Entgelt“ beitragspflichtige Einnahmen enthalten sein, die den bisher maximalen Entgeltbetrag übersteigen. Derzeit ist nach § 166 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a SGB VI eine beitragspflichtige Einnahme von höchstens 80 v. H. der Bezugsgröße möglich, sofern bei Pflegestufe 3 der Pflegeaufwand mindestens 28 Stunden in der Woche beträgt.

Aufgrund der Erhöhung der maximalen beitragspflichtigen Einnahme, die bei Pflegepersonen für die Pflege eines Pflegebedürftigen Anwendung findet, ist im Feld „Entgelt“ die Fehlerprüfung DBME098 anzupassen. Derzeit darf der Entgeltbetrag bei Meldungen für Pflegepersonen 80 v. H. der Bezugsgröße nicht übersteigen.

Die Fehlerprüfung **DBME098** wird wie folgt angepasst:

Fehlernummer DBME098

Für Pflegepersonen (PERSGR im DSME = „207“ oder „208“) darf das ENTGELT 100 % der Bezugsgröße nicht übersteigen.

Fehlerkurztext

ENTGELT überschreitet 100 % der Bezugsgröße (Pflegeperson)

(Ein Fehlerlangtext ist nicht existent.)

Als Einsatztermin für das Kernprüfprogramm wird der 01.01.2017 festgelegt.

Ferner ist eine neue Fehlerprüfung erforderlich, damit weiterhin für Meldezeiträume bis zum 31.12.2016 die Übermittlung eines Entgelts von maximal 80 v. H. der Bezugsgröße zulässig ist. Aufgrund des geringen Zeitfensters bis zum Einsatz des Kernprüfungsprogramms ab dem 01.01.2017 wird die neue Fehlerprüfung DBME099 erst mit dem Einsatz des Kernprüfprogramms ab dem 01.07.2017 umgesetzt.

Fehlerprüfung DBME099

Bei Meldungen von Pflegepersonen (PERSGR im DSME = „207“ oder „208“) für Zeiten bis 31.12.2016 (ZRBG kleiner 01.01.2017) darf das ENTGELT 80 % der Bezugsgröße nicht übersteigen.

Fehlerkurztext

ENTGELT überschreitet 80 % der Bezugsgröße (Pflegeperson)

Fehlerlangtext

Bei Meldungen von Pflegepersonen (Personengruppe 207 oder 208) für Zeiten bis 31.12.2016 (Zeitraumbeginn kleiner 01.01.2017) darf das ENTGELT 80 % der Bezugsgröße nicht übersteigen